Presseinformation der SPD-Landtagsfraktion

Kiel, 29.01.2009

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 22 und 26: Berufliche Bildung stärken / Neue Perspektiven der Beruflichen Bildung (Drucksache 16/2400 und 16/2407)

Jutta Schümann:

Die duale Ausbildung ist die beste Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt

Es gilt inzwischen als sicher, dass die deutsche Wirtschaft 2009 um 2 bis 3% schrumpfen wird. Die Unternehmen werden nach allen Möglichkeiten suchen, ihre Kosten zu senken. Nach allen Erfahrungen werden viele dabei gerade die Ausbildung des Nachwuchses nicht als Zukunftssicherung, sondern als finanziellen Ballast ansehen und sich teilweise oder ganz aus der Ausbildung zurückziehen.

Im Landtag und in der Öffentlichkeit besteht weitestgehend Einigkeit darüber, dass **die duale Ausbildung die beste Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt ist**. Trotz aller Anstrengungen der Länder und des Bundes stehen nicht für jeden Schulabsolventen in Quantität und Qualität ausreichende Ausbildungsplatzangebote zur Verfügung.

Der Entschließungsantrag, den wir heute einbringen, führt eine Reihe von Maßnahmen auf, mit denen die Gleichwertigkeit der allgemeinen und der beruflichen Bildung bereits gestärkt worden ist, und fordert die Landesregierung auf, weitere Schritte in diese Richtung zu gehen und dabei besonders dem **Nachwuchsmangel,** der sich **bei den Berufsschullehrern** in bestimmten Fachbereichen abzeichnet, mit gezielten Maßnahmen zu begegnen, die ich nicht nochmals aufzählen möchte.

Die Fraktion der GRÜNEN hat einen weiterentwickelten Antrag vorgelegt, mit dessen Erstfassung sich das Plenum bereits im Februar des vergangenen Jahres grundsätz-

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel
Tel: 0431/ 988-1305/1307
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: pressestelle@spd.ltsh.de
Internet: www.spd.ltsh.de

lich befasst hat. Wir haben den damaligen Antrag ohne Ausschussberatung abgelehnt, weil die grundsätzlichen Diskrepanzen so unüberwindbar waren, dass es ein müßiges Unterfangen gewesen wäre, einen für alle Fraktionen tragfähigen Text daraus zu formulieren.

Wir nehmen natürlich zur Kenntnis, dass die Änderungen der Antrag stellenden Fraktion an der früheren Fassung weitergehen als nur der Tippfehler in der Überschrift. Ihre so genannte „polyvalente Oberstufe“ soll nicht mehr vier Jahre dauern. Die 10. Klasse ist nicht mehr zwingend ein 10. Hauptschuljahr.

Wir haben weiterhin große **Vorbehalte gegen die Atomisierung der Ausbildungsgänge durch die Modularisierung**, wie Sie sie grundsätzlich einführen wollen. Die Attestierung von Teilqualifikationen ist hier wie in allen anderen Bereichen des Bildungswesens ein richtiger Weg; das haben wir ja auch im Zusammenhang mit Studienabbrechern immer gesagt.

Die Schulpflicht so auszudehnen, dass sie bis zum Abitur oder zu einem Ausbildungsabschluss dauert, ist nach meiner Auffassung nicht mit dem Grundgesetz vereinbar, weil wir dann Volljährige der Schulpflicht unterwerfen würden. Ganz unabhängig davon, ob das überhaupt sinnvoll wäre, glaube ich nicht, dass wir dafür die notwendige Mehrheit in Bundestag und Bundesrat erhalten.

Ihr Verweis auf die Produktionsschulen, die besonders in Dänemark ein sehr erfolgreiches Modell sind, ist diskussionswürdig. Ich warne aber vor allen Überlegungen, die duale Ausbildung dadurch zu unterhöhlen, dass wir immer mehr rein staatliche Alternativen einrichten, die es der Wirtschaft allzu leicht machen, sich aus den Kosten der Ausbildung zurückzuziehen und sie zu verstaatlichen.

Es gibt keinen Königsweg, der uns garantiert, dass die Beteiligung an der dualen Ausbildung endlich Bedarf deckend wird und dass unser gemeinsames Ziel, **dass jeder Jugendliche einen Schulabschluss und eine qualifizierte Berufsausbildung erhält**, sei sie akademisch oder nicht akademisch, vollständig umgesetzt wird.